

Grosser Gemeinderat

Worb, 23. März 2021

402. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 22. März 2021, 19:30 Uhr

Sitzungsende 21:13 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Leitung Fivian Bruno (SVP), Präsident

1. Vizepräsident Suter Michael (FDP)

2. Vizepräsident Santschi Jürg (BDP)

1. Stimmzähler Federer Guido (SP)

2. Stimmzähler Zingg Stephan (SVP)

Mitglieder Cetin Mayk (EVP)
Moser-Utiger Silvia (EVP)
Stauffer Michael (EVP)
Stöckli Rolf (EVP)

Christensen Sven (FDP)
Kölliker Lenka (FDP)
Lanfranconi Elena (FDP)
Marchand Andy (FDP)
Schweizer Hans Peter (FDP)
Stucki Daniel (FDP)

Hofer Thomas (BDP)
Jorio Marco (GLP)
Jost-Pfister Catarina (GLP)
Moser Regina (CVP)
Wyss Eduard (BDP)
Zürcher Deborah (parteilos)

Aebersold Daniel (SVP)
Bigler Markus (SVP)
Kohli Stephan (SVP)
Reber Markus (SVP)
Steinmann Hans Ulrich (SVP)
Stucki Simon (SVP)

Bircher Andreas (SP)
Büchel-Wampfler Sandra (SP)
Cavargna Tiziano (SP)
Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
Gerber-Maillefer Myriam (Grüne)
Goetschi Thomas (SP)
Günther Paula (Grüne)
Heil Günter (Grüne)
Hodler Adrian (SP)
Marthaler Matthias (SP) (ab 19.38 Uhr; Geschäft Nr. 1)
Von Arx Roland (Grüne)

Wenger Claude (Grüne) (ab 19.42 Uhr; Geschäft Nr. 2)

Abwesend	Rothenbühler Marc (FDP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Lädrach Markus Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Schär Nicole, stv. Leiterin der Polizeiabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 8. Februar 2021: Genehmigung
3. 12/10/56 Vorschau
Vorschau 2021: Kenntnisnahme
4. 13/11/1 Elektronische Datenverarbeitung
Informatik an den Schulen, Konzept zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Lehrplan 21;
Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
5. 16/43 Tagesschulen, Schülerhorte, Mittagstische
"Prüfung einer Ganztagesesschule für Worb", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellung-
nahme zur Frage der Erheblicherklärung
6. 31/0/0 Raumplanung
"Grünzone Sternenmatt bleibt grün", Motion der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur
Frage der Erheblicherklärung
7. 33/60/1 Telekommunikation
"5G-Moratorium", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheb-
licherklärung
8. 54/10 Schiesswesen
Schiesswesen, Schiessanlage Lehn, Ersatzbeschaffung Trefferanzeige; Kreditabrech-
nung: Kenntnisnahme
9. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 402	22.03.2021	1	2021/24-15	143	12/0/0

Ratspräsident Fivian Bruno: Ich habe gerade selber eine Mitteilung. Und zwar geht es um den diesjährigen Ratsausflug, wo ich für die Organisation verantwortlich bin. Dort ist es so, dass wir an der ersten Sitzung des Büros das Datum festgelegt haben, wo der Ausflug stattfinden soll. Es ist der Freitag, 17. September 2021. Ihr könnt euch das Datum bereits in die Agenda schreiben.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Auf der Bahnhofstrasse und der Hauptstrasse hat der Gemeinderat vor ein paar Wochen den Verkehr provisorisch anders geleitet, in einer Art Einbahn-Karussell. Der Grund dafür: Die Bollstrasse wird neu gemacht und die Erfahrung zeigt, dass es während Strassensanierungen immer zu einer Verschiebung der Verkehrsflüsse kommt. Es soll verhindert werden, dass Autofahrer, die nicht an der Ampel warten wollen, die Bahnhofstrasse als Ausweichroute brauchen. Die Bahnhofstrasse könnte den Mehrverkehr nicht aufnehmen. Zudem wollen wir die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger nicht gefährden. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass bereits mit dem Bau der Umfahrungsstrasse und der inneren Verkehrssanierung an Bahnhofstrasse und Bernstrasse Gewerbebetriebe und Anwohner betroffen gewesen sind. Die Sanierungen der Bollstrasse und nachher der Enggistestrasse belasten wiederum auch die Anwohnerinnen und Anwohner und Gewerbebetriebe im Worber Zentrum. Gerade darum ist es besonders wichtig, dass wir die verfügbaren Massnahmen regelmässig überprüfen. Nach den ersten Wochen können wir feststellen, dass das Verkehrsregime recht gut funktioniert. Auf der Bollstrasse und der Enggistestrasse gibt es kaum Rückstau, keine langen Wartezeiten und keine Verspätungen der Postautos. Auch die Verkehrssicherheit auf unseren Strassen im Zentrum ist gewährleistet. Wir wollen nun optimieren und die Zufahrt zum Bärenparking und den Zugang zu den Geschäften an der Hauptstrasse und am Bahnhofplatz erleichtern. Es soll darum wieder gestattet sein, dass Autos, die vom Löwen herkommen, zum Bahnhof-Bereich fahren können. Signalisiert wird ein Fahrverbot mit Zubringerdienst. Der Gemeinderat hat die Anpassung an seiner letzten Sitzung beschlossen. Die Zustimmung des kantonalen Tiefbauamts ist bereits eingetroffen. Ende Woche wird die angepasste Massnahme publiziert und auch gerade signalisiert.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich musste euch an der ersten GGR-Sitzung vom Februar leider mitteilen, dass es unter Umständen Verzögerungen bei der Wassererschliessung von Wattenwil-Bangerten aufgrund eines Volksentscheides von Seite von Walkringen geben kann. Da die Bevölkerung nicht bereit ist, die Verlegung der Jaucheleitung aus der Schutzzone zu finanzieren. Wir hatten noch in der gleichen Woche eine Sitzung mit der Gemeinde Walkringen und dem AWA organisiert, um die Problematik, welche für uns so entsteht, so schnell wie möglich aufzugreifen und zu schauen, dass es eine Lösung gibt. Jetzt sieht gerade alles etwas anders aus. Es ist so, dass der Gemeinde Walkringen damals das Risiko zu gross war, mit uns einen Wasserlieferungsvertrag über 34 Jahre abzuschliessen. Und zwar wegen dem Risiko, wenn ihnen die Quelfassung Deichenhüllen zugemacht wird, müssen sie das Wasser anders besorgen. Wasser haben sie genügend, aber die Kosten, um das Wasser zu besorgen, könnte dann allenfalls anders aussehen und nicht mehr dem Vertrag entsprechen bzw. es könnten der Gemeinde Walkringen Nachteile daraus entstehen. Aus diesem Grund hat man nun zusammen einen Wasserlieferungsübergangsvertrag ausgehandelt. Dieser geht über fünf Jahre. Somit konnte man eigentlich auch das Risiko, welches die Gemeinde Walkringen getragen hat, abfedern. Den Wasserlieferungsübergangsvertrag hatten wir letzte Woche bei uns im Gemeinderat. Dieser wurde natürlich bewilligt. Der Gemeinderat von Walkringen wird morgen über diesen Wasserlieferungsübergangsvertrag verhandeln. Wir gehen schwer davon aus, dass die Gemeinde Walkringen diesem auch zustimmen wird.

Es ist so, dass das AWA den Vertrag auch vorgeprüft hat. Es ist noch nicht definitiv, aber man hatte das AWA mit im Boot. Es kann sein, dass noch kleine Änderungen kommen, diese werden jedoch marginal sein. Natürlich werden wir diese im Vertrag anpassen müssen und dann wird der Vertrag nochmals in den Gemeinderat kommen. Rein vom materiellen her, wird dieser kein Einfluss auf die Kosten und Zahlungsbedingungen haben. Daher wird der Vertrag nicht nochmals hier in den GGR kommen müssen, da der Beschluss, welcher betreffend den Kosten gefasst wurde, mit dem Gesamtkredit von 1.09 Millionen Franken so erhalten bleibt. Also wird dies ganz sicher nicht nochmals hierhin kommen. Als wir dies wussten, sind wir in der Planung für die Bauphase natürlich weiter gegangen. Mit den Bauunternehmen haben letzte Woche zwei Sitzungen stattgefunden. Es ist geplant, dass man mit der neuen Leitung am 6. April beginnt. Wir haben nach wie vor das Ziel, dass im Herbst Wattenwil-Bangerten mit Wasser versorgt werden kann. Die zu eurer Information.

Protokoll der Sitzung vom 8. Februar 2021: Genehmigung

Sitzung Nr. 402	Datum 22.03.2021	Traktandum 2	Beschlussnummer 2021/24-16	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Vorschau 2021: Kenntnisnahme

Sitzung Nr. 402	Datum 22.03.2021	Traktandum 3	Beschlussnummer 2021/24-17	Geschäftsnummer 560	Archivnummer 12/10/6
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	-------------------------

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Jorio Marco, GPK: Ende März über die Vorschau zu befinden, nachdem schon fast ein Viertel des Jahres vorüber ist, ist ja nicht gerade das Gelbe vom Ei. Zudem ist das Papier ja ein Arbeitsdokument des Gemeinderates. Eigentlich können wir es ja nur achselzuckend, stirnrunzelnd oder zustimmend zur Kenntnis nehmen. Trotzdem schaut sich die GPK die Vorschau jedes Mal gründlich an. Wir haben in diesem Jahr drei Bemerkungen: Erstens: Wir haben in den letzten Jahren immer wieder bemängelt, dass die Zahl der Ziele zu hoch sei. Wir haben einen kleinen Erfolg, aber es gibt doch einen Erfolg. Wir hatten im 2019 58 Ziele, im 2020 54 Ziele und im 2021 51 Ziele. Dies ist immerhin eine Reduktion von 12.06 Prozent. Zweite Bemerkung: Ein Mangel waren die vielen vagen Ziele und solche, die eine normale Tätigkeit wiedergeben. Ein Klassiker war etwa in früheren Jahren: "Die Trinkwasserqualität ist einwandfrei". Da kann man nur sagen "hoffentlich". Hier gibt es eine markante Verbesserung. Die Aufzählung von Tätigkeiten oder nicht kontrollierbaren Zielen sind stark zurückgegangen. Aber es gibt sie immer noch. Ein Beispiel aus dem Bau. Es ist eine klassische Tätigkeit und ist weder kontrollierbar noch messbar. Das Ziel ist: "Bei den gemeindeeigenen Liegenschaften wird auf eine natürliche Bepflanzung geachtet." Als Zielwert wird angegeben: "Das Konzept wird weiter umgesetzt." Dies ist ja selbstverständlich. Dies machen wir jedes Jahr. Oder ein Zielwert aus dem Sozialen: "Asylantenfamilien erhalten bessere Unterstützung in der Integration und im Erwerb der Sprache" oder "Frühförderung von Kleinkindern vorantreiben." Alles sehr schöne Ziele, sie sind jedoch kaum messbar für uns. Ziele müssen SMART sein: spezifisch, messbar, angemessen, realistisch und terminiert. Terminierte Ziele haben wir von 51 Zielen nur gerade zwei gefunden. Zum Beispiel 6.1 Soziales: "Ende August 2021 liegt ein Entscheid betreffend Kompetenzzentrum Alter vor." Hier könnte der Gemeinderat noch Fortschritte machen. Vielleicht könnte er auch einmal eine Fachperson beiziehen, wo die Ziele auf ihre SMART-Qualität hin prüft. Das Dritte ist: Obwohl es nicht Aufgabe der GPK ist, haben wir uns gefragt, was eigentlich mit den Zielen passiert im Folgejahr. Werden Sie ausgewiesen und kontrolliert? Ja, sie werden wenigstens ausgewiesen. Nämlich im jährlichen Geschäftsbericht wird die Zielerreichung kurz aufgeführt. Für 2019 wurden von den 58 Zielen 29 oder genau 50 Prozent als vollständig erreicht aufgeführt. Der Rest ist teilweise erfüllt, fallen gelassen, verschoben oder in Bearbeitung. Kontrolliert werden sie aber unseres Wissens vom Parlament nicht. Man kann das also glauben oder auch nicht. Wir regen

jedenfalls bei unserer Schwesterkommission, der ASK, an, sich die erfüllten Ziele mal detailliert anzuschauen und zu überlegen, was wurde erfüllt? Was liegt vor? Warum ist es erfüllt? Warum sind gewisse Ziele nicht erfüllt? Dass man sich das angebliche Ergebnis der erfüllten Ziele zeigen lässt. Die GPK empfiehlt, die Vorschau auch formell zur Kenntnis zu nehmen.

Günther Paula, SP+Grüne: Mir ist aufgefallen, dass bei der Formulierung der Ziele und Massnahmen die Vorbeugung des Klimawandels kaum berücksichtigt wurde. Weil dieser jedoch eines der grössten, wenn nicht sogar das grösste Problem der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten darstellt und die Sorge in der Bevölkerung deutlich hoch ist, was verschiedenste Bewegungen, wie zum Beispiel der Klimastreik, welcher von verschiedensten Menschen und Menschen aller Altersgruppen vertreten wird. Deshalb finde ich es einfach sehr enttäuschend, dass der Klimawandel in den Zielen einfach so wenig beachtet wurde. Es gäbe viele sinnvolle Möglichkeiten, die wie zum Beispiel die Aufklärung der Bevölkerung auch nicht teuer wären. Deswegen bitten wir den Gemeinderat, den Klimawandel bei der Formulierung der Legislaturziele zu berücksichtigen. Zusätzlich haben wir heute aufgrund dieses Mankos ein Postulat eingereicht, welches darum bittet, dass Worb bis spätestens 2026 das Label "Energiestadt Gold" erreicht. Seit 2005 sind wir schon Energiestadt, was voraussetzt, dass wir mindestens 50 Prozent unseres Potenzials ausschöpfen. Für das Label "Energiestadt Gold" müssten wir 75 Prozent ausschöpfen. Da wir jedoch schon 2018 59.3 Prozent unseres Potentials ausgeschöpft haben, denke ich, ist der Weg für diese weiteren Prozent bis zu diesen 75 Prozent geebnet. Deswegen setzen wir uns mit diesem Postulat für das Label "Energiestadt Gold" in Worb ein.

Stucki Daniel, FDP: Vielen Dank den Verfassern für die uns vorliegende Vorschau 2021. Da es sich bei diesem Geschäft lediglich um eine Kenntnisnahme handelt, verzichten wir darauf, bei den einzelnen Departementen das Wort zu ergreifen. Die FDP-Fraktion ist erfreut darüber, dass sich die hier dargestellten Unterziele an den Legislaturzielen orientieren. Jedoch erscheinen uns viele Zieldefinitionen, so wie es die GPK bereits gesagt hat, immer noch zu wenig klar. Ich erinnere an das Wort "SMART", wo bereits im letzten Jahr von unserer Fraktion moniert wurde. In einigen Bereichen wurde von den Hinweisen aus den letzten Jahren gelernt. Es ist jedoch, von uns aus gesehen, noch viel Potential da. Ich möchte mich ganz kurz zu einem Punkt äussern, welcher uns aufgefallen ist. Jedes Departement formuliert hier anscheinend seine individuellen Ziele und es scheint kein departementsübergreifendes Ziel zu geben. Aber hat nicht zum Beispiel das Umweltdepartement Einfluss auf die Bautätigkeit in unserer Gemeinde? Oder haben die Ziele, welche im Bereich der Sicherheit formuliert werden nicht auch gewisse Einflüsse auf die Finanzen? Ich möchte die Fragen hier nicht beantwortet haben, sondern lasse diese hier im Raum stehen. Sie sollen lediglich zum Nachdenken anstossen und Grundlage für die Vorschau 2022 bieten. Alles in Allem ist die FDP-Fraktion enttäuscht und höchst gespannt auf die Vorschau 2022. Wir nehmen die Vorschau jedoch zur Kenntnis.

Departementsweise Beratung

Departement Präsidiales

Jorio Marco, GPK: Es betrifft das Ziel 1.2. Und zwar betrifft es die GPK. Da will man also, dass im GGR weniger Geschäfte zurückgewiesen werden und möchte dabei den Austausch mit den Fraktionen verstärken. Ich möchte jedoch nur daran erinnern, dass die letzten Rückweisungen, welche stattgefunden haben, fast alle, wie ich es im Kopf habe, aufgrund der GPK zurückgewiesen wurden. Die GPK hat den Antrag gestellt auf Rückweisung oder darauf nicht einzutreten. Hier reicht es wahrscheinlich nicht, nur mit den Fraktionen zu sprechen. Sondern die Vorlagen waren einfach zum Teil ungenügend und unvollständig. Dies war der Grund von diesen Rückweisungen. Also auch an die Qualität der Vorlagen denken.

Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Besten Dank Marco. Dies ist genau der Grund. Du hast es ja mehrfach bemängelt. Die Unterlagen seien ungenügend. Die Unterlagen werden ja in den Kommissionen ausgearbeitet. Ihr stellt den Kommissionen das schlechte Zeugnis aus. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass die Kommissionen die Geschäfte nicht zu früh weiter geben, sondern eben soweit behandeln, bis sie den Level erreichen, wo ihr erwartet. Du hast den Grund genau erwischt. Dies ist richtig.

Federer Guido, SP+Grüne: Uns ist das Ziel 1.4 aufgefallen, wo es um die Gemeindeverfassung geht. Wir unterstützen dieses Ziel sehr, weil unsere Gemeindeverfassung doch schon mehr als 20 Jahre alt ist. Ich

denke, es ist schon an der Zeit, dass man dort einmal schaut, ob alles noch zeitgemäss ist und so. Mich persönlich hat der Satz "Die Themen werden gesammelt, die in der Gemeindeverfassung überarbeitet werden sollen" etwas aufgeschreckt. Wir haben gefunden, dass man dies wahrscheinlich recht breit aufgleisen muss. Es steht auch als Zielwert "Die Projektdefinition liegt vor". Dies wäre aus unserer Sicht einfach ein Anliegen, dass alle Parteien sehr früh intensiv einbezogen werden. Wir würden anregen, eine Spezialkommission zu machen. Aber es ist eine Kenntnisnahme und einfach eine Anregung an den Gemeinderat.

Departement Finanzen

Keine Wortmeldungen.

Departement Bau

Federer Guido, SP+Grüne: Zum Ziel 3.1: Hier geht es eben um die naturnahe Bepflanzung. Aus unserer Sicht ist dies nicht nur bei den gemeindeeigenen Liegenschaften ein Thema, sondern auch bei den Privaten. Die Gemeinde hat dort schon relativ viel gemacht. Es gibt Merkblätter für naturnahe Bepflanzung oder Fassadenbegrünung. Es gibt ganz viele Sachen. Aber man muss einmal versuchen diese zu finden und dann merkt man auf der Gemeindehomepage, dass man wissen muss, dass es sie gibt und sie richtig suchen, damit man sie findet. Aus unserer Sicht wäre dort noch deutliches Verbesserungspotential.

Departement Umwelt

Keine Wortmeldungen.

Departement Bildung

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Uns sind zwei Punkte aufgefallen. Der Punkt 5.2, das Konzept für eine Ganztageschule liegt vor. Aufgrund der aktuellen finanziellen Lage sehen wir dort eigentlich keine Möglichkeit dies weiter zu verfolgen. Punkt 5.4, es wird eine Mischnutzung der Schulanlage Richigen geprüft. Hier würden wir von Christoph Moser gerne wissen, was für Möglichkeiten bestehen und was für Möglichkeiten angedacht sind.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Gerne nehme ich Stellung zum Punkt 5.4 betreffend der Mischnutzung des Schulhauses Richigen. Der Ausgangspunkt von diesen Überlegungen, wo vor einem Jahr begonnen haben stattzufinden, ist die Tatsache, dass in diesem Schulhaus nur eine Klasse unterrichtet wird. Da haben wir gedacht, wir könnten diesen Raum, welcher dort frei ist, allenfalls noch besser nutzen. Angedacht ist eine Mischnutzung von Schule und allenfalls von Wohnungen. Wir wissen, dass im Dachgeschoss ein Mehrzweckraum ist. Wir haben noch nichts beschlossen, aber dieser Raum soll entweder erhalten bleiben für die Bevölkerung von Richigen oder allenfalls sucht man eine gleichwertige andere Lösung. Soweit sind wir jedoch noch lange nicht. Wir hatten bisher eine Sitzung. Diese war vor gut einem Jahr. Dann ist eben Corona gekommen. Dann habe ich all jene Sachen, welche nicht pressieren, zurückgestellt. An dieser Sitzung waren der Gemeindeschreiber, die Schulleitung des Primarstufenkreises Worb, eine Lehrperson, welche in Richigen unterrichtet, Paul Gerber, damaliger Hauswart der Schulanlage Richigen und Sven Christensen als Architekt dabei. Im Moment sind die Lehrpersonen von Richigen daran, den Raumbedarf zusammen zu stellen. Was braucht es den eigentlich, um eine Klasse zu unterrichten? Dies ist nicht ganz so einfach, denn auch eine Klasse braucht Spezialräume, sei dies ein Werkraum oder was auch immer. Da ist man jetzt daran, dies zusammen zu stellen. Sven Christensen hat uns dort nur skizzenartig Möglichkeiten aufgezeigt, was man allenfalls machen könnte und wie man allenfalls Wohnungen oder was auch immer einrichten könnte. Du kannst dies bestätigen, Sven. Aber mehr besteht im Moment nicht. Etwas ist mir ganz wichtig und darum bringe ich es zum Schluss, dann hört ihr zu. Es geht in keiner Art und Weise darum, den Schulstandort Richigen zu schliessen. Im Gegenteil, wir wollen diesen eigentlich mit diesen Möglichkeiten aufwerten. Es geht überhaupt nicht darum, diese Schule zu schliessen. Ich habe das Gefühl, dass ihr vor allem davor Angst habt. Da kann ich euch beruhigen, dies ist im Bildungsreglement genau geregelt, wie dies mit den Aussenstandorten genau funktioniert. Aber vielleicht gäbe es tatsächlich eine Win-Win-Situation, dass wir vielleicht sogar noch Mieteinnahmen in diesem Schulhaus generieren könnten.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Ich möchte eigentlich dazu anregen, dass man dort auch ein Mitwirkungsverfahren machen würde, weil als ich in Richigen war, hatte es dort Leute, welche sich dazu geäußert haben, was man in diesem Schulhaus auch noch machen könnte. Es wäre vielleicht noch gut, wenn man die Richiger dort auch in die Planung einbeziehen würde, was mit dem Schulhaus geht. Dies wäre vielleicht noch eine gute Sache.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Dies ist genau so angedacht. Daher haben wir auch von Anfang an Paul Gerber miteinbezogen. Selbstverständlich sollen die Richigerinnen und Richiger von Anfang an mit einbezogen werden. Wir machen kein fait accompli.

Departement Soziales

Cavargna Tiziano, SP+Grüne: Die drei Legislaturziele des Departementes sind wichtig. Sie setzten sich mit breiten Teilen der Bevölkerung, nämlich mit den alten Menschen, mit den Migranten und den Asylsuchenden, so wie mit den Kleinkindern und Kindern aus sozial benachteiligten und noch ungenügend integrierten Familien auseinander. Unserer Meinung nach fehlt folgendes bei den Zielen: Die Überarbeitung des Altersleitbild aus dem Jahr 2012, welches bereits im letzten Herbst durch eine Arbeitsgruppe mit externer Projektleitung in Angriff genommen wurde. Eine positive Entscheidung betreffend der Zukunft des Zentrum Alter Worb müsste beispielsweise ihre Legitimation und Begründung im neuen Leitbild finden. Irrtum vorbehalten wurde in keiner Vorschau der letzten Jahre ein Ziel für die junge Generation formuliert natürlich ausserhalb vom Departement Bildung. Es könnte als Beispiel für die Vorschau des nächsten Jahres ein Präventionsthema, Gewaltprävention oder Suchtprävention, aufgenommen werden, welches zusammen mit der Schulsozialarbeit zu erarbeiten wäre. Oder die Bekräftigung der Unterstützung bei Ideen und Visionen der Jugendarbeit. Aktuell zum Beispiel das Projekt einer Boulderanlage, wenn ich dies richtig sage, also einer Kletteranlage im Dachgeschoss des Freizeithauses.

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: Besten Dank Tiziano für deine Wortmeldung. Ich kann dazu antworten, dass das Altersleitbild bereits in der letzten Vorschau aufgenommen wurde und es ist eigentlich eine Fortführung des Altersleitbildes, welches wir in diesem Jahr dann zu Ende bringen. Vielleicht geht es auch noch ins nächste Jahr. Dies kommt dann noch darauf an, wie wir die Befragung der älteren Personen fortführen können. Corona hat uns dort einfach auch behindert, dass wir nicht mehr zu diesen Leuten gehen konnten, für dass das Altersleitbild komplett erstellt werden konnte. Dein Vorschlag mit der Bildungskommission zusammen zu arbeiten, haben wir aufgenommen. Wir sind auch, was Frühförderung und Integration von Kindern aus benachteiligten Familien anbelangt, mit dem Departement Bildung am Zusammenarbeiten. Dies ist ein übergreifendes Thema, wo die GPK auch kritisiert hat. Dort arbeiten wir jedoch mit der Bildungskommission zusammen. Wir werden in diesem Jahr schauen, dass wir in diesen beiden Themen weiterfahren können. Ich möchte deine Anregung aufnehmen und bereits jetzt das Thema Gewaltprävention in Angriff nehmen, wenn Christoph Moser damit einverstanden ist.

Departement Sicherheit

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Wir würden dort in der Vorschau gerne noch einen zusätzlichen Punkt sehen. Nämlich die Neuregelung der Feuerwehrfinanzierung. Zu diesem Thema würden wir von der SVP-Fraktion eine zweiseitige Spezialfinanzierung anregen.

Departement Planung

Federer Guido, SP+Grüne: Zum Ziel 8.3, Ansiedlung von Firmen. Dies ist aus unserer Sicht natürlich ein sehr gutes Ziel. Ich habe allerdings etwas Bedenken, insbesondere mit der Aufhebung der Ortsmarketing-Kommission. Ich finde, dies geht nicht in die richtige Richtung. Dann erscheint uns die Massnahme, dass der Coop bei der BEGA angesiedelt werden soll, doch etwas problematisch. Aus unserer Sicht hat Worb sowieso schon das Problem, dass das Zentrum mit Coop und Migros zu weit auseinandergezogen ist. Da hilft es aus unserer Sicht nicht, wenn man den Coop noch weiter weg nehmen würde. Die Chance, dass man den Zwischenraum zwischen zwei Grossverteilern attraktiv gestalten könnte, erscheint uns doch eher klein.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Uns ist aufgefallen, dass man bei der OP arg in zeitlichen Verzug geratet. Dies ist für uns die Erkenntnis, dass dies leider auch die Politik ist. Nämlich, dass wir hier in Worb nicht alles selber beeinflussen können. Dies stresst schon noch, muss ich sagen.

Feststellung:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Vorschau 2021

Informatik an den Schulen, Konzept zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Lehrplan 21; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

Sitzung Nr. 402	Datum 22.03.2021	Traktandum 4	Beschlussnummer 2021/24-18	Geschäftsnummer 20409	Archivnummer 13/11/1
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Aebersold Daniel, ASK: Die Kreditabrechnung von der Informatik an den Schulen ist eine, welche die ASK etwas genauer angeschaut hat. Und zwar bereits im 2020. Ich lese euch vor, was wir da herausgefunden haben. Die ASK hat die vorliegende Kreditabrechnung Informatik an den Schulen, Konzept zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Lehrplan 21 detailliert überprüft. Dazu haben zwei Mitglieder der ASK persönlichen Kontakt mit Christian Reusser, Gemeindeschreiber und Jürg Bigler, Gemeindeschreiber-Stv. aufgenommen. Im Zuge der Überprüfung wurde festgestellt, dass vier Beschaffungen respektive Massnahmen realisiert wurden, welche nicht im Kreditantrag enthalten waren. Diese drängten sich während der Realisierung auf. Die ASK hat darauf hin verlangt, dass diese Beschaffungen und Massnahmen in der Kreditabrechnung noch detailliert mit Franken-Beträgen und Begründungen aufgelistet werden. Die Nachträge seht ihr jetzt in der Kreditabrechnung. Diese sind beschriftet. Diese Nachträge werden bestens verdankt. Die ASK erwartet in Zukunft gleich zu Beginn eine offene und transparente Kommunikation von Seite der Gemeinde, sollten Massnahmen und Anschaffungen getätigt werden, die im ursprünglichen Kreditantrag nicht enthalten sind.

Reber Markus, SVP: Wir von der SVP-Fraktion sind ja schon überrascht, dass für fast 67'000 Franken Material beschafft wurde, wo nicht bewilligt bzw. nicht im Kreditantrag war. Im Weiteren sind wir überrascht, dass im Kreditantrag das grösste und wichtigste Bauteil, der Server von 34'000 Franken, nicht enthalten war. Ohne diese Beschaffungen wäre der Kredit sogar um fast 55'000 Franken unterschritten worden.

Beschluss:

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über folgende Investition Kenntnis:

Informatik an den Schulen, Konzept zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Lehrplan 21

Bewilligter Kredit	CHF	841'000.00
Beanspruchte Mittel	CHF	853'436.90
Kreditüberschreitung	CHF	12'436.90

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Prüfung einer Ganztageschule für Worb", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 402	Datum 22.03.2021	Traktandum 5	Beschlussnummer 2021/24-19	Geschäftsnummer 33322	Archivnummer 16/43
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Gerber-Maillefer Myriam, SP+Grüne: Wieso ist dieses Postulat nötig? Weil sich im Kanton Bern in den letzten zehn Jahren die Anzahl Schülerinnen und Schüler in den Tagesschulen verdoppelt hat. Heute besuchen über 20'000 Schülerinnen und Schüler eine Tagesschule. Weil die Ganztageschule ein zunehmendes Bedürfnis der Bevölkerung ist, um Familien- und Arbeitspflichten zu vereinen. Weil sie auch einen wichtigen Beitrag zur

Chancengerechtigkeit und Integration bietet. Im Gegensatz zur Volksschule ist der Besuch einer Ganztageschule freiwillig. Wieso also nicht einfach mit dem normalen Tagesschulangebot weiter machen? Weil aufgrund der hohen Anzahl Schülerinnen und Schüler das System Tagesschule an seine Grenzen gerät. Weil es wegen der Zunahme der Schülerinnen und Schüler zu Problemen wegen der vielfältigen Bedürfnisse, den unterschiedlichen Standorten von Volksschule und Tagesschule, der optimalen Einsatzplanung der betreuenden Personen und der Finanzierbarkeit führt. Deshalb muss sich das Angebot der Tagesschule weiterentwickeln. Mit dem Postulat geht es uns nicht darum, ob man persönlich für oder gegen eine Ganztageschule in der Gemeinde Worb ist. Sondern es geht darum zu prüfen, ob es in unserer Gemeinde ein Bedürfnis für eine Ganztageschule gibt und wenn ja, wie man dies bewerkstelligen könnte. Der Gemeinderat hat in seiner Stellungnahme gesagt, dass sich viele Gemeinden in der Region mit diesem Thema beschäftigen. Darum und auch wegen des engen finanziellen Spielraums ist es wichtig, rechtzeitig gute Abklärungen zu machen, um unser Steuergeld wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich einzusetzen. Daher sind wir der Meinung, dass es diese Prüfung braucht. Wir bitten euch, das Postulat erheblich zu erklären.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Die Mitte/glp-Fraktion wird dieses Postulat als nicht erheblich erklären. Uns ist jedoch ganz wichtig, hier zu sagen, dass wir grundsätzlich eine Ganztageschule etwas Gutes finden. Es ist sicher auch zukunftsweisend. Wenn wir jedoch die ganze Geschichte im Moment anschauen, kommt mir ein Wort in den Sinn, welches man auf Berndeutsch viel braucht. Dies heisst "Man soll das Fuder nicht überladen." Wir sehen dies so: Jetzt ist die Tagesschule am Laufen, diese ist noch nicht gebaut. Wir möchten gerne, dass man dies zuerst macht. Wenn man das Fuder überlädt dann kippt es. Dies heisst jedoch nicht, dass man dies nicht in einem späteren Zeitpunkt machen kann. Die Finanzen der Gemeinde lassen dies im Moment sicher nicht zu. Wir wissen nicht, wie es weiter geht. Daher sehen wir es als sinnvoll, dass man dort zuwartet.

Kohli Stephan, SVP: Wir von der SVP-Fraktion stimmen hier ganz klar dem Gemeinderat zu. Die finanzielle Lage erlaubt dies im Moment überhaupt nicht. Daher erklären wir das Postulat auch als nicht erheblich.

Lanfranconi Elena, FDP: Dass wir in Worb ein gutes Bildungsangebot haben, hat für uns von der SVP ein sehr hoher Stellenwert. Auch wir wollen Fortschritte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei der Chancengleichheit, bei der sozialen Integration und an erster Stelle natürlich bei der Bildungsqualität machen. Wir sehen es gleich wie die Mitte. Man sollte das Fuder jedoch nicht überladen und schrittweise vorgehen. In Worb bekommen wir schon bald eine neue moderne Tagesschule, welche eben dann auch mehr Kapazität bietet. Die neue Tagesschule wird die ganztätige Betreuung erleichtern und das Betreuungsangebot sicher auch attraktiver machen. Dazu läuft noch der Studienauftrag der Sanierung des Worb-Boden-Schulhauses. In der Bildung läuft im Moment also sehr viel. Und wir lassen uns dies auch einiges kosten. Wir sind der Meinung, dass man erst einmal die aktuellen Projekte an den Schermen bringen sollte, bevor man schon wieder neue Grossprojekte ins Auge fasst. Aus diesen Gründen sehen wir es so wie der Gemeinderat und erklären das Postulat als nicht erheblich. Es ist keine Frage, die Idee einer Ganztageschule ist spannend und man sollte dieses Thema nicht aus den Augen lassen. Aber der Gemeinderat sagt es richtig. Wir haben schon genügend Projekte und grosse finanzielle Hürden zu bewältigen. Die Zeit ist jetzt einfach nicht die richtige, für das Thema Ganztageschule in die Agenda zu schreiben. Machen wir doch zuerst das fertig, wo am laufen ist und dann können wir dann nochmals schauen und auch schauen, was in unserem Umfeld passiert und was dort für Modelle entstehen. Bis dann konnten sich dann vielleicht auch unsere finanziellen Sorgen etwas glätten. Wenn wir also heute zu diesem Vorhaben nein sagen, dann nicht, weil wir die Idee nicht gut finden, sondern weil der Zeitpunkt für uns im Moment einfach nicht der richtige ist.

Cetin Mayk, EVP: Es wurde eigentlich alles gesagt. Viele Sachen sehen wir von der EVP-Fraktion ähnlich. Ich möchte noch einen Aspekt einbringen. Die Begründungen des Postulates sind plausibel und es wurde verstanden, dass die Prüfung an sich noch nichts bewirkt. Andererseits darf man auch den Zeitaufwand nicht unterschätzen, welchen man in ein Geschäft investieren würde, welches in den nächsten Jahren kein Thema sein wird. Die wäre eine Verschwendung von Ressourcen auf der Gemeindeverwaltung. Dies muss man sich immer vor Augen halten. Das Zweite ist auch, dass wir hier eigentlich auch ein Thema haben, wo ich jetzt einmal sage, wo nicht gerade die höchste Priorität hat. Dies darf man, glaube ich, wirklich definitiv sagen. Wenn man in den Legislaturzielen vorhin gesehen hat, wo man über die Streichung von Projekten und von möglichen Sparmassnahmen spricht, dann ist es im Moment nicht angebracht, auch noch eine Prüfung zu machen. Vor allem hat man auch die Erfahrungen aus den umliegenden Gemeinden nicht. Dies ist alles noch relativ frisch

und ich denke, die Zeit wird uns dort auch etwas bessere Erkenntnisse geben. Die EVP-Fraktion wird es mehrheitlich ablehnen.

Flentje Burkhard Sibylle, SP+Grüne: Ich möchte jetzt kurz erklären, warum es doch wichtig ist, dieses Postulat zu überweisen. Auch wir sehen, dass gespart werden muss. Es macht jedoch ein grosser Unterschied, ob wir zum Beispiel auf einen Familienspielplatz verzichten oder ob man politische Entwicklungen unter dem Vorwand verhindert, dass wir kein Geld haben. Genügend und qualitativ gute Betreuungsplätze anzubieten, hat einen grossen Zusammenhang mit gesellschafts-, wirtschafts- und Bildungspolitischen Aufgaben. Das sind die Gleichstellung von Mann und Frau, die Berufs- und Karrierechancen von Frauen zu verbessern, eine gerechtere Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu erreichen und die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen zu fördern. Da ist das Stichwort Altersvorsorge und Altersarmut. Die schweizer Wirtschaft leidet seit langem unter einem Fachkräftemangel. Mit genügenden und guten Betreuungsangeboten kann man diesen entschärfen. Unsere Volksschule zementiert mit diesem geteilten Vormittags- und Nachmittagsunterricht die traditionelle Mutterrolle. Die Realität ist jedoch heute eine andere. Viele Mütter möchten ihren Beruf nicht aufgeben und wollen Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit mit ihren Partnern gerecht aufteilen. Dann gibt es vermehrt Familien, welche auf ein zweites Einkommen angewiesen sind. Und schlussendlich haben wir einen grossen Teil von alleinerziehenden Eltern, wo sich, um für ihren Lebensunterhalt aufzukommen, einer vollen Arbeitsstelle widmen müssen. In unserer aktuellen Tagesschule haben wir zwei klar getrennte Systeme. Betreuung und Unterricht laufen so nebeneinander her. Dies macht es nicht einfach für Familien, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen. Es ist mit viel planen und organisieren und für die Kinder mit einer grossen Unruhe verbunden. Dies sind schlechte Voraussetzungen für mit einem grösseren Arbeitspensum im Berufsleben zu bleiben. Eine Ganztageschule könnte eben dort Abhilfe schaffen. Für Kinder sind stabile Kindergruppen und konstante Betreuungsangebote wichtig. Fachleute sind sich schon lange einig, dass die konduktiven Fähigkeiten und sozialen Kompetenzen von Kindern besser gefördert werden können, wenn schulische und ausserschulische Aktivitäten und Anforderungen gut ineinander greifen. Ganztageschulen eignen sich daher für eine bessere Integration und bieten eine grössere Chancengerechtigkeit für Kinder aus bildungsfernen Familien. Überall wo Ganztageschulen betrieben werden, sind sie ein grosser Erfolg. Früher oder später werden wir nicht darum herum kommen, auch in unserer Gemeinde dieses Betreuungsmodell anzubieten. Worb wird weiter wachsen. Neuer Schulraum ist schon in Planung. Wenn wir unnötige Kosten vermeiden wollen, dann wäre es wichtig, sicher zu stellen, dass die künftigen Schulräume nicht nur den heutigen Bedürfnissen entsprechen, sondern auch an die Anforderungen von einer Ganztageschule angepasst werden können. Viele von unseren Nachbargemeinden beschäftigen sich momentan mit der Einführung von Ganztageschulen, weil sie nämlich überzeugt sind, dass dies ein Zukunftsmodell ist. Die Gemeinde Worb wäre also gut beraten, wenn sie sich dieser Entwicklung nicht verschliessen würde. Für junge Familien sind gute und moderne Betreuungsangebote ein wichtiger Standortfaktor. In dem Sinne möchte ich euch jetzt bitten, euren Entscheid nochmals zu überdenken und dem Postulat zuzustimmen.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Prüfung einer Ganztageschule für Worb" wird als nicht erheblich erklärt.

"Grünzone Sternenmatt bleibt grün", Motion der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 402	Datum 22.03.2021	Traktandum 6	Beschlussnummer 2021/24-20	Geschäftsnummer 33438	Archivnummer 31/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Detailberatung

Von Arx Roland, SP+Grüne: Damals, wo man in der Ortsplanung die grosse Grünzone in der Sternenmatt festgelegt hat, war man sich bewusst, dass die räumliche Vernetzung des Schwimmbades, der Pétanque-Anlage, dem Bächu und dem Hotel Sternen als Begegnungsort von Worb zentral und wichtig ist. Das Siegerprojekt der Halter AG, welches jetzt vorliegt, beansprucht den grössten Teil dieser Grünzone als Wohnfläche und lässt nicht einmal ein Fünftel von dieser ursprünglichen Fläche für einen kleinen Spielplatz übrig. Die

verbleibende Grünfläche wird zudem durch einen Wohnblock vollständig vom Schwimmbad und der Pétanque-Anlage abgetrennt. Das Siegerprojekt erfüllt damit die Anforderungen an eine grüne und vernetzte Begegnungszone von der SP+Grüne-Fraktion nicht. Man könnte beispielsweise einzelne Wohnblöcke um ein bis zwei Etagen aufstocken, um die gleiche Ausnützung zu erreichen und dafür den Schwimmbadbereich mit einer grosszügigen Grünfläche mit dem Sternen verbinden. Das Projekt hat nach unserer Meinung noch weitere Mängel. Es ist unverständlich für uns, warum die Erschliessung der Tiefgarage am südlichen Ende des Projektparimeters erfolgen soll und damit praktisch die ganze Siedlung umfahren werden muss, wenn man dorthin will. Die Einfahrt der Tiefgarage könnte man zum Beispiel möglichst nahe an der Bernstrasse machen. Mit unserem Vorstoss wollen wir, dass der Gemeinderat prüft, wie bei dieser geplanten Änderung der Überbauungsordnung eine ausreichende Grünzone als ZöN erhalten und als Begegnungsort gestaltet werden kann. Wir sind mit der vorgeschlagenen Änderung in ein Postulat einverstanden und bitten euch, das Postulat zu unterstützen.

Jorio Marco, Mitte/glp: Die Mitte-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung. Das Postulat hat ja eine ganz ähnliche Stossrichtung wie die Planung, welche gerade läuft. Grundsätzlich sind wir mit unserem Kollegen von Arx einverstanden, dass man höher bauen, dafür mehr Freizonen offen lassen soll. So wie man es bei der Sonne gemacht hat, wo man auch höher gebaut hat und dafür ein Dorfplatz schaffen konnte. Auch wenn dieser heute noch ziemlich trostlos als Asphaltwüste daher kommt. Mit der ZPP und der Überbauungsordnung hat es die Gemeinde noch in der Hand, das Sternenareal auch ökologisch noch zu gestalten und vor allem verdichtet zu bauen. Verdichtetes Bauen ist ja ein Grundanliegen von unserer Fraktion, ganz besonders von der glp. Wir sind ja schon drei Mal mit diesem Anliegen in die Gemeindewahlen gestiegen. Daher Erheblicherklärung ja, aber Appell an den Gemeinderat, hier für mehr Grünfläche zu sorgen.

Christensen Sven, FDP: Wir von der FDP sind der Meinung, dass wir dieses Postulat als nicht erheblich erklären können. Der Firma Halter AG sind diese Punkte eigentlich sehr wichtig. Ich war selber auch in der Jury von dem Ganzen als Mitglied der Planungskommission. Wir haben verschiedene Projekte angeschaut. Wir haben Projekte angeschaut, welche bis sieben Stockwerke gegangen sind. Das vorliegende Projekt ist viel weniger hoch und nimmt eigentlich auch auf die Nachbarbauten sehr stark Rücksicht. Wir haben dies abgewogen in der Jury höher oder nicht höher. Die Jury war plus minus einheitlich der Meinung, dass dies das beste Projekt ist, welches auf das alles Rücksicht nimmt. Es gibt einen genügend grossen Freiraum vor dem Sternen. Der öffentliche Grünraum ist vorhanden. Daher sind wir eigentlich der Meinung, dass man das als nichterheblich erklären kann. Zudem kommt es dann nochmals, wo wir dies wirklich überprüfen können. Es gibt ja eine Änderung der Zone. Diese Zonenplanänderung kommt dann nochmals in den GGR. Aber auch für uns von der FDP ist ein qualitativer, architektonisch richtig eingebetteter Freiraum wichtig. Auch wir werden darauf schauen. Von mir aus gesehen, muss man das Postulat jetzt eigentlich im Moment als nicht nötig anschauen.

Bigler Markus, SVP: Wir von der SVP-Fraktion sagen eigentlich mehrheitlich nein dazu. Es gibt noch zu viele Gründe, welche nicht geklärt sind. Man kann nicht für eine innere Verdichtung sein und dann im Dorf alles grün lassen wollen. Worb ist ja noch nicht so extrem gross und man ist schnell im Grünen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Ich möchte einfach noch daran erinnern, dass als die Halter AG das Projekt im GGR vorgestellt hat, man fragen musste, ob sie eigentlich noch etwas anderes bauen möchten als ein Spielplatz. Es wurde so hoch gelobt, wie gross und wie mächtig der Spielplatz sein wird und er vor allem daran interessiert ist. Wenn man jetzt einfach das Projekt anschaut, dann tut es mir leid, aber dann ist es einfach noch so die Grösse eines Quartiersspielplatzes. Für dies eine ZöN her zu geben, finde ich schon etwas viel verlangt.

Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Besten Dank für die Diskussion zu diesem Vorstoss. Ich habe euch bisher regelmässig über die Schritte orientiert, welche wir auf der Sternenmatt gemacht haben. Ich habe euch ja informiert, dass der Wettbewerb abgeschlossen wurde. Dass ein Siegerprojekt existiert und dass man auf der Webseite www.sternenmattworb.ch die Sache studieren konnte. Gemäss euren Voten gehe ich davon aus, dass ihr dies auch gemacht habt und die Sachen studiert wurden. Wir sind derzeit daran, auf der Basis des Siegerprojektes ein Richtkonzept auszuarbeiten. Dies ist dann die Grundlage für die Änderung der baurechtlichen Grundordnung. Dies, wo Sven Christensen vorhin erwähnt hat. Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung passiert im sogenannten Planerlassverfahren. Der erste Schritt ist ja immer die Mitwirkung.

Dort könnt ihr eure Anliegen, wie dies Roland von Arx erwähnt hat, einbringen. Dies kann man dann so deponieren, was die Anliegen der Parteien, die Anliegen der Einzelpersonen uns so weiter sind. Der zweite Schritt ist dann die kantonale Vorprüfung, bei der der Kanton überprüft, ob die Änderung allen gesetzlichen Grundlagen entspricht. Erfahrungsgemäss ist dies so, dass dies mehr als einmal passiert. Man bessert dann wieder nach und dann prüfen sie nochmals, ob es jetzt stimmt. Ich gehe davon aus, dass man dort zwei Mal in eine Vorprüfung gehen muss. Dann ist die öffentliche Auflage. Dort kann man dann Einsprache machen, wenn etwas immer noch nicht dem entspricht, wie man es gerne hätte. Und schliesslich kommt dann dies, was jetzt hier schon passieren wollte, die Genehmigung im GGR. Ihr beschliesst am Schluss über die Änderung der baurechtlichen Grundordnung, ob diese euch vom GGR entspricht oder nicht. Dies wird dann passieren. Gegen diesen Entscheid von euch kann man dann noch das Referendum ergreifen. Wenn dies ergriffen werden sollte, dann gibt es eine Volksabstimmung. Der Weg ist noch recht weit, bis es soweit ist. Aus Sicht des Gemeinderates sagen wir, wir würden den Vorstoss als Postulat entgegen nehmen. Dies ist so geschrieben. Wir wehren uns somit nicht dagegen dies zu prüfen, ob man jetzt dort eine ZöN macht oder dies als ZPP regelt. Ich warne einfach davor, dass die ZöN auch ihre Hacken hat. Die ZöN reicht auch in den Untergrund. Man kann also nicht eine Zone, welche als ZöN eingezeichnet ist, unterkellern mit einer Einstellhalle, welche privat gebraucht wird. Dies geht nicht. Eine Zone für öffentliche Nutzung gilt bis in den Untergrund. Aber eben, dies müssen wir alles anschauen. Dies wird auch passieren und wir werden das Anliegen von euch dann auch entsprechend prüfen. Ihr werdet euch dann im Rahmen von der Mitwirkung auch entsprechend einbringen können.

Beschluss:

Die Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Grünzone Sternenmatt bleibt grün" wird in ein Postulat umgewandelt und als erheblich erklärt.

"5G-Moratorium", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 402	22.03.2021	7	2021/24-21	33439	33/60/1

Detailberatung

Marthaler Matthias, SP+Grüne: "Es ist aussichtslos, ein Moratorium zu verlangen." "Unser Anliegen hat ja keine nationale Relevanz." So oder so ähnlich hat es in der letzten Zeit von einigen Seiten getönt. Ich bin sogar als Spinner bezeichnet worden, als ich in gewissen Kreisen ankündigte, dass ich dieses Thema heute Abend vertreten werde. Nun gut, lassen wir das mal so stehen, sollen andere darüber befinden. Kommen wir zum Postulat. Wir wollen zunächst einmal nichts verhindern, sondern wir wollen etwas Tempo aus dieser ganzen Sache herausnehmen und der Sorge aus der Bevölkerung Ausdruck geben. Es scheint uns nicht zu viel verlangt, die Studien zu den gesundheitlichen Auswirkungen von der 5G-Technologie abzuwarten, bevor man neue Antennen aufstellt. Und nun zum Elefanten im Raum. Was bringt es? Unser geschätzter Parlamentspräsident hat in seiner Antrittsrede nicht nur seine Russischkenntnisse demonstriert, sondern von einem schweigenden Trottel ausgehend, dazu ermutigt, die eigene Meinung aufrecht zu vertreten. Ich glaube an zwei Dinge. Das Eine ist der menschliche Erfindergeist und das Andere ist die Gemeinschaft. Als passionierten Smartphone User, Papierstapelallergiker und Serienfan begrüsse ich effiziente technologische Fortschritte sehr. Allerdings bin ich auch davon überzeugt, dass es gerade in den aktuellen Zeiten wichtiger denn je ist, den besorgteren Stimmen unter uns Gehör zu verschaffen. Manchmal ist dann eben ein Moratorium schlicht ein Widerstand. Ein Zeichen, dass wir nicht einverstanden sind, dass über unsere Köpfe hinweg entschieden wird. Denn "умные люди что-то говорят" auf Mundart, "Schlaue sagen etwas". Darum bitte ich euch das Postulat über das gemeindeweite 5G-Moratorium als erheblich zu erklären.

Santschi Jürg, Mitte/glp: Wir diskutieren nicht das erste Mal über dieses Anliegen. Wir haben im Dezember über die Dringlichkeit von dieser Motion schon diskutiert und ich habe dort auch schon das Wort ergriffen. Ich sehe es immer noch gleich. Ich bin der Jurist und ich sehe einfach, wie es der Gemeinderat in der Stellungnahme ausgeführt hat, dass wir rechtlich gesehen keine Möglichkeit haben. Ich sehe auch, dass es ein Signal sein soll und dass man sich Sorgen um die 5G-Technologie macht, verstehe ich auch. Aber letztendlich haben wir einfach keine Handhabe und keinen Ermessensspielraum, dort irgendwie Einfluss zu nehmen. Daher sehe ich es nicht und daher hat unsere Fraktion auch beschlossen, dass wir diese Motion als nicht erheblich erklären.

Stucki Simon, SVP: Die SVP-Fraktion ist nicht gegen die neue 5G-Technologie an sich. Bei der Umsetzung ist aber viel fragwürdig und ungeklärt. In unserem demokratischen Verständnis kann es nicht sein, dass der Bund alleine verfügt. Ausserdem nimmt er die Empfehlung der Expertengruppe BERENIS punkto oxidativen Stresses vom Januar 2021 nur leichtfertig zur Kenntnis und gibt sogleich eine entgegengesetzte und unnachvollziehbare Empfehlung für Gemeinden und Kantone ab. Zum Verständnis: Der Bund ist mit 51 Prozent Mehrheitsaktionär der Swisscom. Ausserdem hat er voreilig und ohne die kritischsten Stimmen im Vorfeld ernst zu nehmen, die Lizenzen versteigert und ist dadurch im Zugzwang. 80 Prozent der Kommunikation findet momentan in den Innenräumen statt und die Verbindungen müssen dort nicht zwingend durch Antennen mit hoher Strahlung bedient werden. Als Alternative würde ich sehen, den Ausbau vom Glasfasernetz voranzutreiben, was natürlich auch etwas kostet. Eine unnötige Zwangsbestrahlung für uns alle und das meiste für den Freiheitskonsum ist höchst fragwürdig. Jeder soll privat in seinem Zuhause selber entscheiden können, mit wie viel Strahlung er sich belasten will. 10 Prozent von unserer Bevölkerung haben mit der heutigen Strahlendosis schon Mühe. Ich selber habe Familienmitglieder, die seit Jahren unter der Strahlung leiden, wenn sie keine Vorsichtsmassnahmen treffen. Folgeschäden durch Strahlung können nicht versichert werden und die Swiss RE stuft die neue 5G-Antennen-Technologie in die höchste Risikogruppe ein. Es gibt keine Studien zur Ungefährlichkeit der 5G-Antennen. Es gibt nur Studien zu der Gefährlichkeit der 5G-Antennen. Unsere Regierung spricht überall von Nachhaltigkeit und Klimazielen. Bei dieser Debatte vergessen sie, den wachsenden Strom- und Ressourcenverbrauch zu berücksichtigen. Immer trägt die Bevölkerung das gesundheitliche und finanzielle Risiko vollumfänglich. Angeblich zugunsten unserer Gesundheit erleben wir im Moment schon fast ein Jahr lang massive Freiheits- und Einschränkungen durch unsere Regierung und deren Experten. Bei der zukünftigen 5G-Antenne und den zunehmenden Strahlenwerten scheint die Gesundheit von der Bevölkerung einen untergeordneten Stellenwert einzunehmen. Die ungleiche Haltung der Regierung ist schwierig zu verstehen. Wenn der kritische Bürger jedoch über den Tellerrand der zwangsfinanzierten staatlichen Mainstream-Medien schaut, findet er ganz andere Meinungen von renommierten Experten weltweit. Da wird das Fragezeichen noch viel grösser und das Vertrauen in die Regierungen schwindet. Es geht im Hintergrund immer um Geld, Macht und Kontrolle. Verkauft werden uns die neuen 5G-Antennen als zukunftsweisend und unumgänglich. Anscheinend ist das auch die Haltung der Mehrheit in unserem Gemeinderat. Wenn unsere Regierungen und Verwaltungen in Bern und Worb bei 5G die Gesundheitsfrage ignorieren, müssen wir als Gemeindepolitikerinnen und -politiker die Verantwortung übernehmen und die Augen nicht verschliessen. Unsere Fraktion wird dieses Postulat mit grosser Mehrheit unterstützen.

Christensen Sven, FDP: BAG – Bundesamt für Gesundheit. Aktuell heisst das für mich manchmal Bundesamt für Corona. Was weiss das Bundesamt, was weiss es nicht, was verschweigt es uns, was will es uns nicht sagen, was soll man dem Bundesamt glauben? Und nun kommt schon die nächste Frage an das gleiche Bundesamt: 5G, ist es schädlich, müssen wir uns schützen, sagen sie uns die Wahrheit? Und es kommt mir fast so vor wie bei Corona. Alle wissen etwas, alle haben eine Meinung, die einen sagen das, die anderen das andere. Wem sollen wir also glauben? Ich möchte gerade an dieser Stelle noch einmal kurz im Namen der FDP speziell Marcel Hofmann danken. Er hat uns anlässlich unserer Fraktionssitzung Informationen bezüglich 5G gegeben. Ich habe anschliessend selber über das Wochenende ein weiteres Studium über 5G gemacht und bin nicht wirklich weitergekommen. Befürworter sagen sogar, dass durch den Ausbau von Antennen auf 5G weniger Strahlungen entstehen und dass wir weniger Strom brauchen. Das hat auch eine gewisse Logik, denn wenn die Verbindungsqualität besser ist, dann muss mein Handy weniger suchen. Zu Simon, Strahlenschutz für Zuhause. Ich hatte gerade wirklich einen Bauherrn gehabt, der hiess Simon, ihm haben wir im Dezember ein Gebäude gemacht, wo wir Strahlenschutzfolie und Strahlenschutzgläser eingebaut haben. Es hat Vorteile, wenn ich dort bin, werde ich nicht so gestört von Anrufen. Es hat aber auch Nachteile, wenn ich telefonieren will, muss ich nach draussen gehen und vor allem muss ich das Handy ausschalten, sonst sucht es nach Netz und das mit voller Leistung. Und das ist eigentlich auch kontraproduktiv. Auch hier ist es wieder ein Abwägen von Vor- und Nachteilen. Grundsätzlich ist 5G fast wieder etwas wie Corona. Es ist nicht ein rein kommunales Problem respektive Thema. Es ist eigentlich übergeordnet. Und da stimme ich auch Jürg zu. Wir hier im GGR sind aus Sicht der FDP nicht die richtige Stelle, um über solche Strahlungswerte zu diskutieren. Wir wissen alle, dass Gesundheit unser wichtigstes Gut ist und uns interessiert vor allem die Gesundheit von allen. Auch wir von der FDP werden daher das vorliegende Postulat als nicht erheblich erklären. Aber wir möchten eigentlich zwei Forderungen an die Gemeinde weitergeben, denn es fehlt der Bevölkerung an Information und an Objektivität. Erstens ein Vorschlag: Im Rahmen einer Baueingabe für eine Antenne – und die sind eigentlich

unumgänglich, die werden kommen, soll der Gesuchsteller die Bevölkerung zwingend umfassend über das Vorhaben informieren. Er soll der Gemeindebevölkerung Rede und Antwort stehen. Und zweitens, die Gemeinde soll einen öffentlichen Informationsanlass organisieren, zum Beispiel in Form eines Podiumsgesprächs, an dem man über Pro und Contra, über die Chancen und über die Risiken objektiv aufklären kann.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Es ist so, dass eigentlich die Beweislast völlig falsch ist, weil jeder Pharmaproduzent, der ein Medikament herausbringt, der muss beweisen, dass es nicht schädlich ist. Jetzt kommen die von der IT, bringen etwas heraus und der Konsument muss beweisen, dass es schädlich ist. Da ist doch irgendetwas verkehrt. Und ich finde es riskant und fahrlässig, wenn wir sagen gut, vielleicht ist es schädlich, vielleicht ist es nicht schädlich. Wenn wir die Kita und das Altersheim und genau solche Menschen, die sehr empfänglich sind für solche Sachen, dem Aussetzen und sagen, ist nicht mein Problem, das ist dem Bund sein Problem. Irgendeinmal ist es vielleicht auch unser Problem, weil es vielleicht auch unsere Kinder betrifft oder unsere Grosseltern betrifft oder wenn wir noch mehr Pech haben, uns selber betrifft. Ich bin nicht per se ein 5G-Gegner, sondern ich sage einfach: Wieso wollen wir nicht warten, bis wir genaue Fakten haben, bis wir wissen, ob es schädlich oder nicht schädlich ist, weil ich glaube, wenn wir einfach sagen, auf gemeindeeigenen Liegenschaften machen wir das nicht, dann verbauen wir uns im Moment nichts.

Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich gehe gerne in zwei Punkten auf diesen Vorstoss ein. Der erste Punkt: Bei einer Bewilligung eines Baugesuches gilt der Grundsatz: Wenn ein Bauvorhaben der gesetzlichen Ordnung entspricht, dann hat der Baugesuchsteller ein Rechtsanspruch auf die Bewilligung. Die Gemeinde kann ein Baugesuch nicht ablehnen, wenn alle rechtlichen Vorgaben erfüllt sind. Wenn es nun um die Bewilligung einer Antenne geht, so gibt die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung vor, welche Belastung der Bevölkerung durch diese Strahlung zugemutet werden darf. Diese Verordnung wird durch den Bund erlassen und gilt für die ganze Schweiz, für das ganze Gebiet der Schweiz genau gleich. Es gibt hier keinen Raum für zusätzliche Vorschriften auf der Gemeindeebene. Die Gemeinde kann nicht für sich beschliessen, dass auf dem Gemeindegebiet andere, tiefere oder vielleicht auch höhere Grenzwerte gelten sollen. Die Gemeinde kann nicht von sich aus, Frequenzbereiche sperren. Die Frage, ob wir nun 5G gut finden oder nicht, die stellt sich auf unserer Ebene gar nicht. Wir werden nicht gefragt, die Frage stellt sich hier nicht. Die Debatte, die wir hier nun führen, müssen wir nicht im GGR-Worb führen, die muss im Nationalrat und im Ständerat geführt werden. Es ist nicht die Haltung des Gemeinderates entscheidend, sondern die Haltung des Bundesrates. Also, ein kommunales 5G-Moratorium, so wie es hier gefordert wird, das ist rechtlich nicht zulässig. Ich komme zum zweiten Punkt: Das 5G-Moratorium, wie es gefordert ist, das kann gar keine Wirkung erzeugen. Wenn nämlich eine bestehende Mobilfunk-Antenne umgerüstet wird und dabei die Sendeleistung gleichbleibt und die Grenzwerte weiterhin eingehalten werden, dann ist für die Bewilligung nicht die Standortgemeinde zuständig, also nicht wir, sondern bei uns im Kanton Bern, die Fachstelle für nichtionisierende Strahlung bei der Volkswirtschaftsdirektion. Diese Fachstelle beurteilt, ob die Grenzwerte auch nach dem Umrüsten eingehalten werden können. Wenn dies zutrifft, dann bewilligt diese Fachstelle das Umrüsten der Antenne. Das Umrüsten der Antenne wird nicht einmal im Anzeiger publiziert. Wir vernehmen erst, dass es passiert ist, wenn wir die umgerüstete Antenne auf der Karte vom BAKOM, nicht vom BAG, vom BAKOM anschauen. Wenn wir jetzt das Gemeindegebiet von Worb anschauen. Dann seht ihr, dass all die Antennen auf 5G umgerüstet sind, welche einen grossen grünen Kreis haben. Ihr seht, das ist zum Beispiel die Antenne in Rüfenacht, das ist die Antenne bei Worb SBB, das sind zwei Antennen bei Worb Dorf und das ist die Antenne bei Hinterengistein. Diese sind bereits umgerüstet auf 5G, die laufen schon auf 5G. Ihr habt das nicht gemerkt, wir haben es auch nicht gemerkt. Das ist nicht publiziert worden, das musste gar nicht publiziert werden. Es ist passiert und funktioniert jetzt. Ich fasse daher zusammen: Ein 5G-Moratorium auf Gemeindeebene ist a, rechtlich nicht zulässig und b, wie wir feststellen hier, es erzeugt überhaupt keine Wirkung. Ich bitte euch daher, das Postulat 5G-Moratorium als nicht erheblich zu erklären.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "5G-Moratorium" wird als nicht erheblich erklärt.

Schiesswesen, Schiessanlage Lehn, Ersatzbeschaffung Trefferanzeige; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

Sitzung Nr. 402	Datum 22.03.2021	Traktandum 8	Beschlussnummer 2021/24-22	Geschäftsnummer 20295	Archivnummer 54/10
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Die Aufsichtskommission hat die vorliegende Kreditabrechnung nicht detailliert überprüft. Sie dankt an dieser Stelle der Gemeinde für die Ergänzung der detaillierten Summen, mit welchen sich die Gemeinde Vechigen und die Vereinigten Schützengesellschaften Worb an den Kosten beteiligt haben. Die Aufsichtskommission hat erfreut festgestellt, dass der Kredit um 38'752.45 Franken unterschritten wurde.

Hofer Thomas, Mitte/glp: Rund 39'000 Franken unter der geschätzten Kostenschätzung. Saubere Kostenaufstellung sowie eine rasche Kreditabrechnung. Die Mitte/glp-Fraktion nimmt die Kreditabrechnung sehr gerne zur Kenntnis und dankt der zuständigen Abteilung für die gute Arbeit.

Aebersold Daniel, SVP: Die SVP ist erfreut, dass der Kredit für die Ersatzbeschaffung der Trefferanzeige um 38'752 Franken unterschritten wurde. Wir möchten der Vereinigten Schützengesellschaften Worb noch einen Dank aussprechen, dass sie zwei von diesen 15 Scheiben bezahlt haben und zwar im Wert von 26'966 Franken. Die SVP nimmt die Kreditabrechnung zur Kenntnis.

Beschluss:

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über folgende Investition Kenntnis:

Schiessanlage Lehn, Ersatzbeschaffung Trefferanzeige

Bewilligter Kredit

CHF 241'000.00

Beanspruchte Mittel

CHF 202'247.55

Kreditunterschreitung

CHF 38'752.45

2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Label 'Energistadt GOLD'"

Sitzung Nr. 402	Datum 22.03.2021	Traktandum 9	Beschlussnummer 2021/24-23	Geschäftsnummer 34103	Archivnummer 35/60
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Der Gemeinderat wird gebeten, Massnahmen zu ergreifen, mit denen die Gemeinde Worb bis spätestens 2026 das Label Energistadt Golderreichen kann. Begründung: Das Label "Energistadt GOLD" basiert auf dem Label Energistadt. Es ist die höchste Auszeichnung für Städte und Gemeinden, die sich kontinuierlich für eine effiziente Nutzung von Energie, erneuerbaren Energien und Klimaschutz engagieren und besonders hohe Anforderungen erfüllen. In der Schweiz gibt es bereits 67 Energistädte GOLD (Stand November 2020). Die Gemeinde Worb ist seit 2005 Energistadt. Um das Label "Energistadt" zu erhalten, muss eine Gemeinde 50% ihres Potenzials ausschöpfen, für das Label "Energistadt GOLD" braucht es 75%. Die Gemeinde Worb erreichte 2018 einen Anteil von 59.3%. Auch in unserer Gemeinde spüren wir die Auswirkungen des Klimawandels, wie Hitzesommer mit grosser Trockenheit, steigendes Risiko für Hochwasser, schwindende Biodiversität und veränderte Naturlebensräume. Die Klimaveränderungen sind nach wie vor weit oben auf dem Sorgenbarometer der Bevölkerung. In den letzten Jahren hat die Bedeutung des Klimawandels auf kommunaler Ebene stark zugenommen. Worb ist in der Lage mehr Anstrengungen zugunsten von Klima und Umwelt zu leisten. In den Gemeinden bedingt das eine Koordination von verschiedenen Aspekten wie Raumplanung, Mobilität, Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, Ver- und Entsorgung und Kommunikation. Auch für kleinere Gemeinden ist es möglich das Label "Energistadt GOLD" zu erreichen. Unsere Nachbargemeinde Münsingen hat dies schon 2009 geschafft."

Bruno Fivian
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 17. Mai 2021

Jürg Bigler
Sekretär